

„Kein Schlussstrich!“

**Prozessbeobachter Burschel spricht über ein NSU-Urteil,
das nur ein Zwischenstopp sein kann**

Ist der NSU tatsächlich Geschichte, wie es der Berliner „Tagesspiegel“ am Tag nach dem Prozessende verkündete?

„Mit Sicherheit nicht“, sagt Friedrich Burschel, Referent zum Schwerpunkt „Neonazismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichwertigkeit“ bei der Rosa Luxemburg Stiftung in Berlin. Er ist Mitarbeiter von NSU-Watch (nsu-watch.info) und war akkreditierter Korrespondent des nicht-kommerziellen Lokalsenders „Radio Lotte Weimar“ im NSU-Prozess. „Der Tag der Urteilsverkündung am 11. Juli 2018 war der Tiefpunkt der 438 Prozesstage und ein erneuter Tiefschlag für die vom NSU-Terror Betroffenen.“

Zwar wurde Beate Zschäpe zu lebenslanger Haft verurteilt, jedoch lag das Strafmaß für die beiden bekennenden Neonazis Ralf Wohlleben und André Eminger weit unter der geforderten Freiheitsstrafe der Bundesanwaltschaft. Ein deutliches Signal für die extreme Rechte in Deutschland, der es zunehmend gelingt, „salonfähig“ zu werden und die sich durch das Urteil in ihrem Handeln bekräftigt fühlt.

„Kein Schlussstrich!“ forderten zahlreiche Demonstrant_innen nach Verkündung des NSU Urteils, denn zu viele Fragen sind unbeantwortet geblieben. Es wurden während des Prozesses weder der institutionelle Rassismus, die Verstrickung des Verfassungsschutzes noch Fragen nach einem Nazi-Netzwerk in Deutschland geklärt. Stattdessen wird der Prozess offiziell als „erfolgreich aufgeklärt“ abgelegt.

Am **Mittwoch, den 21.11.18, um 18:30 Uhr** ist Friedrich Burschel zu Gast in Oldenburg. In der IBIS-Halle berichtet er aus nächster Nähe über den NSU-Prozess, das Urteil und die Untersuchungsausschüsse. Auch zu Behördenverstrickungen, zum gesellschaftlichen Rassismus und zur rechtsterroristischen Gefahr hat Burschel eine klare Meinung.

Wann: Mittwoch, den 21.11.18 um 18:30 Uhr

Wo: IBIS-Halle, Klävemannstraße 14, 26122 Oldenburg

Eintritt: Kostenfrei

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



Einlassvorbehalt - IBIS e.V. behält sich vor, vom Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die (neo-)nazistischen Parteien oder Organisationen angehören, der (Neo-)Naziszene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zu den Veranstaltungen zu verwehren oder von dieser auszuschließen